

# Avanti <sup>2</sup>

Theoriebeilage

„Imperialismus  
und Krieg“  
von  
Ernest Mandel

ISO Rhein-Neckar

NEIN ZUM  
MÖRDERISCHEN  
KRIEGSGESCHÄFT!



Butter statt Bomben!

## INHALT

## TITEL

- 01 Kriege ein Mordsgeschäft**  
Bomben statt Butter?

## EDITORIAL / INHALT / KURZ &amp; KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**  
Kurz & Knapp

## SEITE DREI

- 03 Kriege ein Mordsgeschäft**  
Bomben statt Butter?

## ANTIMILITARISMUS

- 04 OSTERMARSCH 2026**  
Die Aktualität des Protests

- 05 SPRACHE DER KRIEGSTREIBER**  
Keine Manipulation?

## ANTIFASCHISMUS

- 06 RECHTSRUCK BEI WAHLEN**  
Biedermänner und Brandstifter

## ARBEITSWELT

- 08 BR-MOBBING BEI TESLA**  
Taten statt Worte?

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

im Zentrum dieser Ausgabe steht der immer dringlichere Kampf gegen den anhaltenden Rechtsruck und die skrupellosen Kriegstreiber.

Wir freuen uns auf Euer Interesse und hoffen auf ein baldiges Wiedersehen!

*Eure Redaktion*

**EINE BESSERE WELT IST NÖTIG!**  
**Sozialismus oder Barbarei**

Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar

**SAMSTAG, 25.04.26, um 13:00 UHR**  
**IN MANNHEIM**

Die Welt gerät aus den Fugen. Eine winzige Klasse von Milliardären bedroht unser Leben und dessen Grundlagen.

Wir fragen nach den Ursachen, den Chancen der Gegenwart und den möglichen Alternativen.

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme und bitten um verbindliche Anmeldung!

*Titelbild: Bild und Bildbearbeitung – Avanti<sup>2</sup>.*

## INHALT

## FRAUENBEFREIUNG

- 09 FRAUENTAG & FRAUENSTREIK**  
Der Kampf geht weiter

## ISO / IV. INTERNATIONALE

- 10 DER ÜBERFALL AUF DEN IRAN**  
Wer profitiert davon?

- 11 ANFÄNGE IN DUNKLER ZEIT**  
Unsere Wurzeln in Mannheim (II)

## RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 SCHULSTREIK AM 5. MÄRZ**  
Was folgt danach?

- 12 TERMINE**  
Veranstaltungen und Aktionen

## THEORIEBEILAGE

- 01 IMPERIALISMUS UND KRIEG**  
Folgenreiche Barbarei?

Brems-Effekt durch  
Klimazerstörung

R. S.

Im Alltag ist die Erd-Bremmung nicht spürbar: Die Umdrehung verlängert sich aktuell um 1,33 Millisekunden pro Jahrhundert. Der Meeresspiegel steigt wegen der schnelleren Eisschmelze. Das verlangsamt die Erdrotation. Sie hat sich in den vergangenen 3,6 Millionen Jahren immer wieder verändert. Doch nur einmal, vor 2 Millionen Jahren, verlangsamte sie sich so stark wie zwischen 2000 und 2020. Berechnungen zufolge wird sich die Rotation der Erde in Zusammenhang mit der zunehmenden Erderwärmung künftig noch stärker abbremsen.

(Quelle: FR, 14.03.2026.) ■

K  
U  
R  
Z  
&  
K  
N  
A  
P  
P

Niedriglohnchampion  
Deutschland

R. S.

7,7 Millionen Beschäftigte haben im vergangenen Jahr unter 15 € brutto pro Stunde erhalten. Rund 10 Millionen erhielten weniger als 16 €, rund 5 Millionen sogar weniger als 14 €. Der gesetzliche Mindestlohn lag 2025 bei 12,82 €. 2026 beträgt er 13,90 €. Ab 2027 soll er auf 14,60 € steigen. Das zeigt eine Antwort der Bundesregierung auf eine Linken-Anfrage.

Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung lag der Durchschnittslohn aller abhängig Beschäftigten 2025 bei etwa 25 €.

(Quellen: FR, 12.03.2026, doku.iab>forschungsbericht>2025>fb2125.pdf.) ■

# Nein zum mörderischen Kriegsgeschäft Butter statt Bomben!

U. D.

**Am 28. Februar 2026 haben die USA und Israel den Iran völkerrechtswidrig angegriffen. Damit wird der weltweite Kampf um Rohstoffe, Märkte und Vormacht weiter aufgeheizt. Ohne diplomatische Schönfärberei wird das „Recht des Stärkeren“ durchgesetzt. Wenn politisch-ökonomischer Druck nicht ausreicht, dann eben mit kriegerischen Mitteln.**

**D**irekt oder indirekt beteiligt an diesem imperialistischen Welt-Konflikt sind alle wichtigen kapitalistischen Zentren und Großmächte. An vorderster Stelle die USA, Russland, China und die EU.

Verlierer und Opfer dieser mörderischen Politik sind die arbeitenden Klassen. Sie bezahlen die Aufrüstung mit Verschlechterungen ihrer Lebens-, Arbeits- und Sozialstandards und leiden im Krieg unter Bomben, Zerstörung, Vertreibung und Tod.

## Viele Kriegs-Profiteure

Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI erzielten die 100 größten Rüstungskonzerne 2024 einen Gesamtumsatz von 679 Milliarden US-Dollar. Allein Lockheed Martin 64,65 Milliarden. Rheinmetall steigerte seinen Umsatz um 47 % auf 8,24 Milliarden. Im aktuellen Irankrieg wurden bisher Waffen im Wert von dutzenden Milliarden Euro eingesetzt. Die Wiederbeschaffung füllt die Auftragsbücher der Rüstungskonzerne. Rüstung ist ein Mordgeschäft. Darum springen immer mehr zivile Unternehmen auf den profitablen Rüstungszug auf.

Die Öl-Konzerne Shell, BP, Chevron, ExxonMobil und TotalEnergies machten seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine über 281 Milliarden US-Dollar Gewinn. ExxonMobil und BP verbuchten 2022 den größten Gewinn ihrer Firmengeschichten. Allein 2023 schütteten diese fünf 111 Milliarden Dividenden aus.

Auch die ultrareichen Tech-Milliardäre profitieren. Amazon, Google und Microsoft schlossen 2021 das Projekt Nimbus ab: Sie kassieren 1,2 Milliarden US-Dollar für Cloud- und KI-Dienste des israelischen Militärs. Palantir lieferte die Software zur Zielidentifikation in Gaza und steuert in der Ukraine über Meta-Constellation einen Großteil des „Targetings“. Musks SpaceX taucht erstmals in der SIPRI-Rüstungsliste auf.

Nach dem Angriff durch Israel und die USA hat der Iran als Gegenmaßnahme die Straße von Hormus weitgehend gesperrt. Durch diese Meerenge werden rund 20 % des weltweiten Ölverbrauchs und 20 % des weltweiten Flüssiggases verschifft. Die „Verknappung“ von Rohöl und Gas haben die Öl- und Energiekonzerne sofort für sich genutzt und die Preise massiv erhöht. Der Staat kassiert durch gestiegene Verbrauchssteuereinnahmen mit.

## Wer zahlt für Krieg und Krise?

Kapital und Regierung haben längst entschieden, wer Krieg, Aufrüstung und Krise bezahlen soll: die arbeitende Klasse.

So plant die CDU/CSU/SPD-Regierung weitere umfangreiche Angriffe auf die Sozialsysteme. Die Arbeitswelt soll zu Gunsten der Unternehmen noch flexibler werden. Demokratische Rechte werden weiter eingeschränkt, Polizeigesetze verschärft und

Überwachungsmethoden ausgeweitet.

Gleichzeitig werden hunderte Milliarden Euro für Rüstung und Kriegsinfrastruktur verschwendet. Konzerne vernichten hunderttausende Arbeits- und Ausbildungsplätze und kassieren weiterhin Milliarden-Gewinne. Selbst in Krisenzeiten werden die Superreichen immer reicher.

Dies alles ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer knallharten Klassenpolitik im Interesse des Kapitals. Eine Politik, die Profit vor Menschen stellt.

## Widersetzen statt Wegschauen

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben gezeigt, dass sich der gesellschaftliche Rechtsruck fortsetzt. Das stärkt die neoliberalen, libertären und faschistischen Kräfte. Diese Entwicklung droht, den politischen Spielraum der Linken, der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften noch weiter einzuengen. Zudem wächst so die Gefahr, dass auf allen gesellschaftlichen Ebenen die Angriffe auf Menschen und Organisationen, die sich für die Verteidigung demokratischer wie sozialer Grundrechte engagieren, verschärft werden.

Aber in vielen Städten und Gemeinden, in Schulen und Universitäten, in Initiativen und Vereinen, in Betrieben und Gewerkschaften regen sich Protest und Widerstand gegen die sozialen, ökologischen und militärischen Folgen dieser Politik. Die ISO Rhein-Neckar ist ein aktiver Teil davon. Sie tritt dafür ein, dass Protest und Widerstand in einer gemeinsamen Solidarischen Front vernetzt werden.

Stehen wir gemeinsam auf gegen die Bedrohung unserer Existenz durch die Kriegstreiber! Streiten wir für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg! ■



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2025.

Foto: Helmut Roos.

# Kriege und Kriegstreiber stoppen – überall!

## Für unsere Leben! Gegen ihre Profite!

O. G.

**Die Kriegstreiber und Profitjäger in aller Welt sind in der Offensive. Mit Erpressung, Lügen und Waffengewalt setzen sie skrupellos ihre Interessen durch. Sie schrecken dabei weder vor Krieg wie in Iran noch vor Völkermord wie in Palästina zurück. Das Völkerrecht ersetzen sie durch das „Recht des Stärkeren“.**

**A**uch die Bundesregierung will mit einer gigantischen Aufrüstung „die westlichen Werte“ – d. h. die des Kapitals und der Superreichen – „verteidigen“. Im Bundeshaushalt 2026 sind 82,7 Mrd. € (plus 25,5 Mrd. € aus dem „Sondervermögen“) für die offiziellen „Verteidigungsausgaben“ vorgesehen. 2029 sollen dann sogar rund 152,8 Mrd. € des geplanten Gesamthaushalts von 572,1 Mrd. € für „Verteidigung“ ausgegeben werden.

Zudem beschloss im Dezember 2025 der Bundestag die Kriegsdienstpflicht, um die Bundeswehr auch personell zu stärken. Mittlerweile ist selbst die atomare Aufrüstung hierzulande kein Tabu mehr.

### „Kriegstüchtigkeit“ und Sozialabbau

Die erneute Erringung von „Kriegstüchtigkeit“ nach außen kombinieren die Herrschenden und ihre Handlanger nach innen mit der weiteren Verschärfung der Angriffe gegen die arbeitende Klasse. Denn die Haushaltsplanung ist eine Kriegserklärung an die Sozialsysteme (Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung etc.) – also Kanonen statt Butter!

Die letzten Kampagnen gegen das Bürgergeld und die „Boomer-Generation“ bereiten den brutalsten Sozialabbau in der Geschichte der BRD vor. Nicht nur die jun-

ge Generation soll wieder in den Kriegsdienst gezwungen werden. Auch die Älteren sollen sich, so etwa die Grünen-Frontfrau Brantner oder der DIW-Präsident Fratzscher, „stärker einbringen, beispielsweise [...] bei der Verteidigung“. Feiert demnächst auch der Nazi-„Volkssturm“ von 1944, durch den 16- bis 60-Jährige für den „Endsieg“ verheizt wurden, eine Wiedergeburt?

### Panzer statt Busse & Bahnen?

Begründet wird der Rüstungswahnsinn mit dem russischen Überfall auf die Ukraine und der „neuen“ US-Außenpolitik unter Trump, die die bisherige militärische US-Unterstützung für NATO-Staaten infrage stelle. Die in Gang gesetzten gewaltigen Aufrüstungsprogramme und die Transformation zur Kriegswirtschaft sollen Deutschland zur stärksten konventionellen Militärmacht in Europa machen.

Firmen beschleunigen die Umstellung ihrer Produktion von zivilen auf noch profitablere Rüstungsgüter. Die Aufrüstung führt nicht nur zur weiteren massiven Schuldenaufnahme, sondern heizt auch die Inflation an und bindet zusätzlich die für die Bekämpfung von Armut und Klimakatastrophe notwendigen Gelder.

### „Kanonen statt Butter?“

Von Aufrüstung und Krieg profitieren immer nur die Reichen und Konzerne. Die Zeche zahlt dann die arbeitende Klasse mehrfach. Die Aufrüstung mit dem Sozialabbau, der Einschränkung demokratischer Rechte, der Senkung des Lebensstandards und den Krieg mit der Vertreibung, mit dem Verlust der Natur, der Gesundheit und des Lebens.

Der Hitler-Faschist Rudolf Heß prägte 1936 den Spruch „Kanonen statt Butter“. Heutige „Ökonomen“ wie der Präsident

des IFO-Instituts, Fuest, knüpfen schamlos daran: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“

### NEIN zu Aufrüstung und Krieg!

Zunehmende internationale Konflikte wie der imperialistische Überfall auf den Iran erhöhen dramatisch die Kriegsgefahr und den Rechtsruck. Es ist daher umso dringlicher, alternative, antimilitaristische Konzepte von Sicherheitspolitik wie die soziale Verteidigung weiter zu entwickeln und zu verbreiten.

Die neoliberale/libertäre Entwicklung des Kapitalismus hat zu einer bisher unbekannteren Anhäufung von Reichtum und Macht bei einer winzigen Klasse von Superreichen geführt. Aus Profitgier droht dieses Imperium der Milliardäre, der 0,0001 % der Weltbevölkerung, unsere Lebensgrundlagen zu vernichten.

Der Kampf gegen Aufrüstung, Militarismus und Kriegstreiberei kann nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, eine massenhafte Gegenwehr zu entwickeln. Die Ostermärsche Anfang April und die Schulstreiks am 8. Mai sind dabei wichtige Stationen.

- Organisieren wir deshalb Widerstand gegen Aufrüstung, „Wehrpflicht“, Völkermord und Krieg.
- Setzen wir uns besonders in den Gewerkschaften und der Arbeitswelt für internationalistischen Antimilitarismus, Klimagerechtigkeit und Widerstand gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau ein.
- Bitten wir die Superreichen zur Kasse – Vermögensteuer und Übergewinnsteuer jetzt.
- Vernetzen wir uns zu einer solidarischen Front gegen Kriegstreiber und Rechtsruck. ■



# Krieg gegen den Iran

## Für Frieden kämpfen heißt, psychologische Kriegsführung entlarven

M. K.

**„Wenn Krieg erklärt wird, ist die Wahrheit das erste Opfer.“ („When war is declared, truth is the first casualty.“) Bereits 1928 – also vor fast 100 Jahren – formulierte der britische Politiker Sir Arthur Ponsonby diesen Satz. Er trifft auf den völkerrechtswidrigen Angriff Israels und der USA auf den Iran nicht zu.**

**D**enn dieser Angriff wurde von beiden Ländern seit Jahrzehnten durch systematische Kriegsrhetorik vorbereitet. Dazu wurden hartnäckig und in höchsten Auflagen Dinge behauptet, die – zurückhaltend formuliert – unter Expertinnen als wenig belastbar gelten.

### Manipulative Kriegsrhetorik

Die gigantische Propagandaschlacht hatte und hat ein ganz konkretes Ziel: Die Bevölkerung im eigenen sowie in den verbündeten Ländern soll glauben: Dieser Krieg ist unbedingt notwendig. Er geschieht rein präventiv, um Schlimmeres zu verhindern. Und er ist moralisch gerechtfertigt.

Die Menge der Verharmlosungen, Verdrehungen, Verfälschungen, und der glatten Lügen ist kaum noch zu überblicken. Es beginnt mit dem, womit die Aggressoren ihren völkerrechtswidrigen Angriff begründen: Ein atomarer Angriff des „Mullah-Regimes“ stehe unmittelbar bevor, „die Mullahs“ bräuchten nur noch „eine Woche“ bis zur einsatzfähigen Atombombe.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hat aber immer wieder – auch kurz vor Beginn des Angriffskrieges – darauf hingewiesen, dass der Iran keine Atombombe besitzt und dass auch kein aktives Waffenprogramm nachweisbar ist. Auch Trump selbst hatte nach dem Angriff vom Juni 2025 verkündet, das Atomprogramm der Iraner sei vernichtet worden. Was übrigens in hiesigen Medien nur am Rande, wenn überhaupt, berichtet wurde: Bereits in diesem illegalen „12-Tage-Krieg“ gab es im Iran (je nach Quelle) 600-1.200 Todesopfer und 4.000-6.000 Verletzte.

### Angriff auf Mädchenschule

Der grauenhafte Bombenangriff auf die Mädchenschule im Südiran belegt nicht

nur die Brutalität der Kriegsführung, sondern auch die Skrupellosigkeit der Kriegsrhetorik. 168 Kinder im Grundschulalter, 26 Lehrerinnen und 4 Elternteile wurden getötet – durch einen US Tomahawk Marschflugkörper, wie ihn nur die USA besitzen, abgeschossen vom US-Flugzeugträger Abraham Lincoln.

Auch nachdem dies durch militärische Untersuchungen und öffentlich verfügbare Daten belegt und bekannt war, empörten sich Trump und sein Kriegsminister Hegseth in einem gemeinsamen Interview: „Das waren nicht wir. Das war der Iran, dessen Raketen sind so ungenau. Der Iran bombardiert Zivilisten, nicht wir. Der Iran will uns das in die Schuhe schieben.“

Dieses Interview ist ein Lehrbuch-Beispiel der sogenannten DARVO-Technik, einer Manipulationstechnik, die aus drei Schritten besteht: 1. Leugnen (D wie Deny) 2. Selbst angreifen (A wie Attack) 3.

Täter-Opfer-Umkehr (RVO wie Reverse Victim and Offender).

Diese Tätertaktik ist typisch für missbräuchliche Beziehungen und institutionellen Machtmissbrauch. In Deutschland kennen wir sie beispielsweise durch das empirisch belegte Muster, dass Menschen, die Polizeigewalt zur Anzeige bringen, umgehend selbst wegen „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ angezeigt werden.

### Unverdrossen: Krieg dem Krieg!

Um die deutsche Antikriegsbewegung, die noch durch Ohnmachtsgefühle gebremst scheint, zu stärken, kann eine beharrliche Entlarvung psychologischer Kriegsführung viel beitragen. Auch hier ist es vor allem das gemeinsame und vielfältige Engagement, das dazu hilft, nicht in hilfloser Empörung zu verharren, sondern ein wirksames Handeln zuwege zu bringen. ■



Banksy-Graffiti „Westbank“ in Mannheim, 12. Februar 2026.

Foto: R. S.

# „Historische“ Landtagswahlen in Baden-Württemberg?

## Biedermänner und Brandstifter auf dem rechten Vormarsch

H. N.

Nachdem am Abend des 8. März 2026 die ersten Prognosen der Ergebnisse der Landtagswahl bekannt wurden, war die ständig wiederholte Verwendung des Adjektivs „historisch“ nicht zu überhören. Meist qualifizierten Kommentare aus der Welt der Medien und der Berufspolitik so die letztlich erfolgreiche Aufholjagd des „grünen“ Spitzenkandidaten Özdemir im Wettbewerb um das Amt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten.

Nach einer weitgehend inhaltsleeren, dafür aber umso mehr personalisierten und rechtsoffenen politischen Werbekampagne hatte die Partei des „anatolischen Schwaben“ im Endspurt sehr knapp die Nase vorne. Die ebenfalls deutlich nach rechts blinkende CDU mit ihrem Anführer Hagel hatte in den letzten beiden Monaten vor der Wahl ihren komfortablen Vorsprung von rund 8 % komplett verspielt.

### Wie war das möglich?

Özdemirs Werbeteam gelang das Kunst-

stück, den gescheiterten Bundeslandwirtschaftsminister der Ampel-Regierung zur konservativen politischen Lichtgestalt mit Regierungserfahrung in maximaler Distanz zu Bündnis 90/Die Grünen aufzuhübschen. „KLARER KURS IN UNRUHIGEN ZEITEN. ÖZDEMIR, DER KANN ES.“ So lautete eine der platten Parolen auf unzähligen großen Plakatstellwänden im Land. Nur wer sehr genau auf diesen aus Steuergeldern finanzierten Unsinn hinschaute, konnte noch in viel kleineren Buchstaben „Zweitstimme Grün“ erkennen.

Bezeichnend für Özdemirs Kampagne

waren Sprüche wie „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft“, das Kokettieren mit der Rolle eines „grünen“ Söder, die prominent vermarktete Kooperation mit dem weit rechts positionierten ex-grünen Tübinger Oberbürgermeisters Palmer oder die Befürwortung der „Entnahme“ eines geschützten „Problemwolfs“ im Nordschwarzwald.

Unter dem Strich lagen Özdemirs Grüne mit 30,2 % knapp vor Hagels CDU mit 29,7 %. „Historisch“ waren allerdings in der Tat die alarmierend guten Ergebnisse der AfD mit 18,8 % und der desaströse Absturz der SPD auf nur noch 5,5 %. FDP und Linke scheiterten mit jeweils 4,4 % ebenso an der 5 %-Hürde wie das Sammelsurium der restlichen 15 Parteien, das insgesamt 7 % der gültigen Stimmen einsammeln konnte. Die Wahlbeteiligung lag bei schwachen 69,6 % (2021: 63,8 %).

Die Verteilung der 157 Sitze im Stuttgarter Parlament spiegelt den anhaltenden, aber aufhaltbaren Rechtsruck wider: 56 Sitze jeweils für Grüne und CDU, 35 für die AfD und ganze 10 für die SPD. Das heißt, dass nur noch drei neoliberaler Politik verpflichtete Aufrüstungs-/Kriegserüchtigungsparteien und die faschistische AfD im Haus des Landtags vertreten sind. Aufgrund des Wahlergebnisses gibt es nur noch zwei realistische Koalitionsoptionen. Die erste und derzeit wahrscheinliche ist ein Bündnis von Grünen und CDU, die zweite und aktuell noch unwahrscheinliche ein Zusammengehen von CDU und AfD.

### Manöver für weitere Rechtswende

Der skrupellose CDU-Fraktionsvorsitzende



Keine Wahlwerbung - Banksy in Mannheim, 22. Februar 2026.

Foto: R.S.

im Bundestag, Spahn, ließ sich nach der Schlappe seiner Partei im Autoland Baden-Württemberg mit einer an die Anfangszeiten der Grünen erinnernden Idee hören. Das Amt des Ministerpräsidenten müsse, so die Forderung dieses der Kooperation mit der AfD nicht abgeneigten „Polit-Strategen“, aufgeteilt werden. Zunächst solle es von dem – sich selbst ganz volksnah als „Minischerpräsident“ titulierenden – Özdemir bekleidet werden und in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode von – dem Fan minderjähriger Rehaugenfrauen – Hagel.

War das nur eine Schnapsidee des ehrgeizigen Spahn? Ein Blick in die konservative FAZ vom 14. März 2026 hilft, den Blick zu weiten. Das Blatt, hinter dem laut Eigenwerbung „immer ein kluger Kopf“ steckt, setzt sich angesichts des Parteiengerangels nach dem Wahltag mit möglichen Szenarien der Regierungsbildung und der dafür maßgebenden Landesverfassung auseinander.

In deren Artikel 46 ist zu lesen, dass die Wahl des Ministerpräsidenten ohne Ausnahme mit absoluter Mehrheit der Abgeordneten zu erfolgen hat. Die Mehrheit für die Regierungsbildung liegt bei 79 Stimmen. Artikel 47 schreibt die Bildung der neuen Landesregierung „innerhalb von drei Monaten nach dem Zusammentritt des neuen Landtags“ vor.

Für die CDU eröffnet das mehrere Optionen, um den politischen Druck für einen noch massiveren Rechtsruck verstärken zu können. Die einfachste ist ein Misstrauensvotum gegen den neuen Ministerpräsidenten der Grünen frühesten drei Tage nach dessen Wahl. Eine Mehrheit hätte die CDU dafür aber nur, wenn sie auf die Unterstützung durch die AfD setzt. Da aktuell die CDU-Spitze eine Kooperation der Partei mit der AfD auf Landes- und Bundesebene (noch) ablehnt, ist das ein Wechsel auf die Zukunft.

### AfD als eigentlicher Gewinner

Die AfD ist der eigentliche Gewinner der Wahl. Sie hat – trotz der „Verwandten-Affären“ und der Possen ihres nicht für den Landtag kandidierenden „Spitzenkandidaten“ Frohnmaier – ihren Stimmenanteil im Vergleich zu 2021 nahezu verdoppelt. Das ist an sich schon ein sehr schrilles Alarmsignal, denn es war das bis zum 22. März 2026 mit Abstand beste Ergebnis dieser blau-braunen Truppe bei Landtagswahlen im Westen der Bundesrepublik. Noch kritischer wird dieses Resultat, wenn



Keine Wahlwerbung - Banksy in Mannheim, 22. Februar 2026.

Foto: R.S.

wir uns anschauen, wer für die AfD gestimmt hat.

Bei den Jungwählerinnen und -wählern lagen zwar noch die Grünen mit 27 % vorne, die AfD aber verdreifachte ihr Ergebnis bei dieser Altersgruppe im Vergleich zu 2021 und folgte mit 18 % schon auf Platz zwei vor der CDU (17 %), der Linken (13 %), der SPD (7 %) und der FDP (6 %).

Vor allem aber ist die AfD die neue „Arbeiterpartei“ – zumindest auf der Wahlbene. 37 % der Stimmanteile von Arbeitern und Arbeiterinnen gingen laut dem Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap an die AfD. Zum Vergleich: Für die CDU waren es 21 %, für die Grünen 18 %, für die SPD 5 %, für die FDP und die Linke 5 beziehungsweise 4 %.

Der Erfolg der AfD ist ein Ergebnis der wachsenden Zukunftsängste insbesondere in der Gesellschaft im Allgemeinen und der Arbeitswelt im Besonderen. Die Furcht vor Arbeitsplatzverlust und Absturz in die Armut wird sowohl durch die neoliberale Politik der Sozialkürzungen als auch die brutale Abbaustrategie etwa in der Auto- und Zulieferindustrie verstärkt. Nicht zuletzt ist diese Entwicklung die bittere Quittung für das Fehlen einer sozial verankerten und politisch glaubwürdigen Partei der arbeitenden Klasse und einer widerständigen Gewerkschaftsbewegung.

### Die blau-braune Bedrohung stoppen

Im ehemals roten Mannheimer Norden,

dem von Industrie (Benz, Cat, P&F, Roche ...) geprägten Wahlkreis Mannheim I, ist die Grundfrage – wie komme ich finanziell über die Runden – mit Händen zu greifen. Genau dort holte die AfD ihr einziges Direktmandat in Baden-Württemberg.

Die Lehren aus dem Erfolg der *Nouveau Front populaire* bei den französischen Parlamentswahlen im Juli 2024 sind offenbar hierzulande noch nicht angekommen. Wenn die Gefahr besteht, dass ein Faschist einen Wahlkreis gewinnt, dann ist eine wahltaktische Absprache der antifaschistischen Kandidat:innen als Abwehrmaßnahme erforderlich.

Um die blau-braune Bedrohung stoppen zu können, bedarf es aber weit mehr als einer klugen Wahltaktik. Erst recht gilt dies nach den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz (19,5 % für die AfD!) und angesichts der drei im September stattfindenden Urnengänge im Osten.

Es bedarf des hartnäckigen Kampfs für die Bildung und Vernetzung einer in der Arbeitswelt, den Wohngebieten und anderen Bereichen der Gesellschaft aktiven Sozialen Front zur solidarischen Verteidigung unserer Grund- und Menschenrechte. Es geht also darum, trotz aller Unterschiede Bündnisse von Basisinitiativen, Gewerkschaftsstrukturen, Nichtregierungsorganisationen, Parteigliederungen und Bewegungen zu schaffen, die sich konsequent für soziale und ökologische Gerechtigkeit einsetzen. ■

# BR-Wahlen und BR-Mobbing

## Tesla ist nur die Spitze des Eisbergs

H. N.

**Der Faschistenfreund Musk ist – wen wundert es – ein ausgemachter Gewerkschaftshasser und Betriebsratsfresser. Tarifverträge und Betriebsräte, die diesen Namen verdienen, dürfen seinen Anweisungen zufolge keinen Platz in der „Gigafactory Berlin-Brandenburg“ haben.**

**D**er Versuch der IG Metall (IGM), endlich bei den Betriebsratswahlen Anfang März 2026 in diesem riesigen Autowerk mit rund 11.000 Beschäftigten die Mehrheit im BR-Gremium zu erreichen, scheiterte trotz sehr erheblicher organisatorischer Anstrengungen der größten DGB-Gewerkschaft.

Elf Listen waren zur Wahl angetreten. Die Liste „IG Metall - Tesla Workers GFFB“ wurde zwar dank eines engagierten Wahlkampfes zweitstärkste Kraft mit 13 BR-Mandaten, aber die Liste der durch die Firmenleitung von außen angeheuerten bisherigen BR-Vorsitzenden Schmitz erhielt die meisten Stimmen. Auf das unter ihrer Kontrolle formierte Bündnis „Giga United“ der zehn gelben, gewerkschaftsfeindlichen Listen fielen 24 der 37 Sitze im BR-Gremium.

### Massive Einschüchterungen

Schon im Vorfeld der BR-Wahlen beeinflusste das Management die Belegschaft massiv und warnte vor der Wahl der IGM-Liste in Versammlungen und Einzelgesprächen mit Vorgesetzten. Letztere verteilten Anstecker mit der Aufschrift „Giga Ja – Gewerkschaft Nein“. Medienwirksam wurde das Abführen eines hauptamtlichen Gewerkschaftssekretärs aus dem Betrieb inszeniert.

Werksleiter Thierig brachte seine antigewerkschaftliche Haltung unverblümt gegenüber Medien zum Ausdruck: „Wir glauben nicht, dass wir hier am Standort eine Gewerkschaft brauchen, wir sind ohne Gewerkschaft sehr viel schneller unbürokratischer flexibler.“ Seine Sprüche gegen die IG Metall beschallten, ganz in der Tradition totalitärer Systeme, die Tesla-Arbeiter:innen – sogar auf den Toiletten.

Tesla-Boss Musk ließ es sich nicht nehmen, höchstpersönlich kurz vor der BR-Wahl eine Videobotschaft an die Beschäftigten des deutschen Teslawerks zu senden. Im lässig arrangierten Gespräch mit Thierig schwadronierte er in Trump-Manier von dem Wachstum der Gigafactory zum größten Industriekomplex in Europa. Diese großartige Vision sei nur dann bedroht, „wenn externe Organisationen die Dinge in die falsche Richtung treiben“ und „uns von außen das Leben schwer gemacht wird“.

Nach der bitteren Niederlage der IGM-Liste meinte der zuständige IG-Metall-Bezirksleiter, Jan Otto, dass die Gewerkschaft „trotz aller Attacken des Managements und eines außergewöhnlich unfairen Wahlkampfes“ ein gutes Ergebnis erzielt habe. Und er fuhr fort: „Dieses Potential werden wir nutzen, um gegen eine gewerkschaftsfeindliche Geschäftsführung bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.“

### Widerstand gegen Willkür

IGM-Betriebsrat Philipp Schwarz formulierte es so: „Bei Tesla kämpfen wir nicht nur für einen Betriebsrat, der auf der Seite der Belegschaft steht. Wir verteidigen auch die demokratischen Rechte, die von der Gewerkschaftsbewegung hart erkämpft wurden. Jede und jeder Einzelne von uns war bereit, dafür persönliche Nachteile in Kauf nehmen. Dieser Wahlkampf hat wieder einmal gezeigt, wie einfach es für einen einzigen Multi-Milliardär ist, unsere Demokratie auszuhöhlen. Wir müssen alle zusammen verhindern, dass das Schule macht.“

Am 25. März 2026, drei Wochen nach der Bekanntgabe des BR-Wahlergebnisses bei Tesla, kamen dann aus der Frankfurter IGM-Zentrale überraschende Töne. Per Pressemitteilung verkündete die Gewerkschaft die Anfechtung der BR-Wahl bei Tesla nach § 19 Betriebsverfassungsgesetz.

Die Erste Vorsitzende der Gewerkschaft, Christiane Benner, ließ sich in diesem Kontext so zitieren: „Der Eindruck, dass die Wahl bei Tesla durch Drohungen beeinflusst wurde, ist zu schwerwiegend, als dies nicht gerichtlich zu klären.“ Kein Widerspruch!

Wenn sie aber „dringend noch wirksameres gesetzliches Vorgehen gegen Union Busting“ einfordert, dann ist sie daran zu erinnern, dass dies bereits der 23. Ordentliche Gewerkschafts-tag der IG Metall im Oktober 2015 beschlossen hat.

Die Kapitaleseite trumpft seitdem immer grober in zahllosen Unternehmen auf. Mit ungehemmter Gewerkschaftsbekämpfung und brutalem BR-Mobbing vernichtet sie das Engagement zahlloser aktiver Betriebsräte. Tesla ist nur die Spitze des Eisbergs. Wo bleibt der konsequente gewerkschaftliche Widerstand? Nur wer kämpft, kann gewinnen!



IGM-Aktionstag in Frankfurt/M., 15. März 2025.

Foto: Privat.

# NACH FRAUENTAG UND FRAUENSTREIK

## Der Kampf geht weiter

A. N.

**Am 8. März 2026 fanden auch in der Rhein-Neckar-Region mehrere Demonstrationen zum Internationalen Frauenkampftag statt. In Mannheim versammelten sich weit mehr als 1.000 Menschen am Gewerkschaftshaus zur Auftaktkundgebung, um dann über den Ring bis zum Marktplatz zur Abschlusskundgebung zu ziehen.**

**D**amit war es wohl die größte Frauentags-Demo in Mannheim seit vielen Jahren. Dem Demo-Aufruf des Feministischen Bündnisses Mannheim folgten Frauen jeden Alters, queere Menschen, aber auch eine große Anzahl insbesondere junger Männer, die ihre Solidarität ausdrückten.

### Widerstand gegen Unterdrückung

Warum war diese Demo so viel größer als die der Vorjahre? Darüber lässt sich nur spekulieren. Es erscheint jedoch naheliegender anzunehmen, dass immer mehr Frauen und solidarische Menschen sich der zunehmend aggressiven Unterdrückung von Frauen und der wachsenden Gefahr bewusst werden.

Die Gewalt an Frauen im privaten Umfeld nimmt zu. Immer mehr Frauen sind von Armut betroffen – insbesondere alleinerziehende Mütter und Rentnerinnen. Auch in den weltweit eskalierenden Kriegen, die vor allem von den verschiedenen imperialistischen Großmächten initiiert, befeuert und geführt werden, sind Frauen massiv betroffen – nicht zuletzt von geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt.

### Laut und bunt

Trotz dieser ernsten Lage war die Stimmung auf der Demo gut, laut und bunt. Demosprüche wurden in verschiedenen Sprachen gerufen. Ein kleiner Chor stimmte immer wieder markante Lieder an. Viele Menschen trugen selbstgebastelte Plakate mit kreativen Sprüchen. Diese betonten den sozialen und kulturellen Aspekt der Frauenunterdrückung. So trugen zwei Frauen ein Banner mit der Aufschrift „Die Scham muss die Seite wechseln“. Sie verwiesen so darauf, dass häufig Frauen die Schuld an sexuellen Übergriffen gegen sie selbst gegeben wird, weil sie sich angeblich falsch verhalten oder sich zu aufrei-

zend gekleidet hätten. Mit dieser heuchlerischen Schuldzuweisung sollen sich letztlich die betroffenen Frauen für Übergriffe schämen. Das hält sie davon ab, diese Gewalttaten anzuprangern oder anzuzeigen. Auch wenn es zu einem gerichtlichen Prozess kommt, fallen die Urteile für die Täter häufig sehr mild aus.

### Weißer Fleck: Klassenfrage

Bei der großen Vielfalt der teilnehmenden Personen und Gruppen glänzte ein Akteur nahezu vollständig durch Abwesenheit – die (als solche sichtbare) arbeitende Klasse und die Gewerkschaften. Lediglich fünf ver.di-Fahnen, eine GEW- und eine IGM-Fahne waren zu sehen. Auch die Plakat-Botschaften bezogen sich nur selten auf die ökonomische Diskriminierung von Frauen. Sie stehen ökonomisch wesentlich schlechter dar als Männer. Sie sind häufiger finanziell abhängig, und sie leisten zu ihrer Lohnarbeit zusätzlich noch wesentlich mehr unbezahlte Sorge-

arbeit als Männer.

Darin zeigt sich, dass die Frauenfrage auch eine Klassenfrage ist. In dieser Gesellschaft, die nach Profiten und nicht nach Bedürfnissen und sozialen Kriterien organisiert ist, sind Frauen historisch zu den großen Verliererinnen geworden. Umso größer ist unser Interesse daran, dieses System aus den Angeln zu heben.

### Frauenstreiks ausweiten

Mit den bundesweiten Frauenstreiks am 9. März hat das *töchterkollektiv* eine vielversprechende Protestform der Gewerkschaftsbewegung aufgegriffen, die immer wieder auch von der Frauenbewegung genutzt wurde. Wenn es jedoch nicht bei einem symbolischen Protest bleiben soll, müssen Frauenbewegungen und Kämpfe der arbeitenden Klasse wieder mehr zueinander finden. Sie müssen sich besser vernetzen und gemeinsam kämpfen für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung. ■



Internationaler Frauenkampftag in Mannheim, 8. März 2026.

Foto: A. N.

# Intensiver ISO-Infoabend

## „Iran-Krieg‘ – wie die Brandstifter stoppen?“

B. N.

Am 27. März 2026 kam bei unserem ISO-Infoabend eine kleine zweistellige Zahl von Aktiven und Interessierten zusammen, um sich mit dem imperialistischen Kriegstreiben im Nahen Osten zu beschäftigen.

Die Veranstaltung baute auf drei kurzen Impulsreferaten und einer anschließenden Diskussion auf. Unser erster Referent fragte nach dem Charakter dieses internationalen Kriegsgeschehens.

### Wem nützt der Angriffskrieg?

Verbale und auch tatsächliche militärische Aggressionen sind in der Region nichts Neues. Doch wieso greifen die USA und Israel den Iran (und den Libanon) gerade jetzt so massiv an? Dafür gibt es sowohl geopolitische als auch ökonomische Faktoren. Israel geht es insbesondere darum, die „Achse des Widerstands“ (Iran, Hamas, Hisbollah, Huthi ...) zu schwächen und das Projekt „Eretz Israel“ (Großisrael) umzusetzen.

Für die USA und Israel trägt der Krieg dazu bei, die Profite für die Kriegsindustrie zu steigern, wobei in den USA auch Digital- und Energiekonzerne massiv von dem Überfall profitieren. Geopolitisch haben die USA insbesondere ein Interesse an der Schwächung Chinas.

### Existenzbedrohende Folgen

Neben der direkten Vernichtung und Verletzung von Menschenleben durch die militärischen Angriffe bedroht auch die Vergiftung und Zerstörung der Natur die Existenz der Menschen, insbesondere durch Attacken auf Atomanlagen. Auch die Wasserknappheit in der gesamten Region wird durch den Krieg massiv verschärft. Globale Militarisierung, beschleunigter Rechtsruck und weitere Inflation sind weltweite Folgen.

Hauptverlierer des Krieges im Iran sind die untersten Klassen der iranischen Bevölkerung, die von der zunehmenden Knappheit an Strom, Wasser und Öl besonders betroffen sind.

### Die linke Opposition im Land

Bei aller Grausamkeit des Krieges sah unser zweiter Referent je-

doch auch die Möglichkeit, dass der Konflikt den Widerstand der iranischen Bevölkerung gegen das Regime stärken könnte. Der Krieg habe die Illusion genommen, dass eine Befreiung von außen kommen oder ein Wechsel der Führungsriege für spürbare Besserungen im Land sorgen könnte.

Gleichzeitig hat man es jedoch seiner Einschätzung zufolge mit einer neuen Generation von Herrschenden im Iran zu tun. Diese ist offen für die Zusammenarbeit mit westlichen Staaten. Ihre repressive Autorität nach innen gegen politische Gegner:innen führt sie derweil unvermindert fort. In dieser politischen Gemengelage habe die linke Opposition als einzige ihre Glaubhaftigkeit bewahrt durch ihre konsequente Ablehnung der imperialistischen Mächte USA und Israel sowie des iranischen Regimes.

### Und das Leben hier?

Auch in Deutschland wird der Krieg derweil für Preistreiberei bei Öl, Gas und Kraftstoffen genutzt, so ein Fazit des dritten Inputs. Weitere Preissteigerungen bei Strom und Lebensmitteln (unter anderem durch kriegsbedingte Verknappung von Kunstdünger) haben gerade erst begonnen.

### Mit wem, gegen wen?

Im Anschluss wurde neben vielen anderen Aspekten die Frage um die inneriranische Opposition kontrovers diskutiert. Sollte man den Kampf gegen die „Revolutionsgarden“ vorübergehend aussetzen, da sie die einzigen seien, die den Zerfall des iranischen Staates verhindern könnten? Für unseren zweiten Referenten ein undenkbarer Ansatz: „Die Revolutionsgarden haben meine Genossen getötet und über Jahrzehnte hinweg Proteste brutal zerschlagen.“

Auch andere unterstützten seine Position: Vom Standpunkt des iranischen Proletariats aus betrachtet, tragen die Revolutionsgarden ebenso zu dessen Elend bei wie die imperialistischen Kriegstreiber. Die Forderung nach dem Ende des Krieges und sofortigen Friedensverhandlungen müssen daher einhergehen mit dem Kampf für demokratische und soziale Rechte von innen gegen das Unterdrückungsregime.

Nach dem alten Leitsatz der Arbeiterbewegung „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!“ gilt es hierzulande, die Ostermärsche am 4. April und den nächsten Schulstreik gegen die „Wehrpflicht“ am 8. Mai zu unterstützen. Sich gegen die Militarisierung zu wehren, heißt gleichzeitig, sich dem Sozialabbau zu widersetzen. In einer global zusammenhängenden Welt haben wir also auch (vermeintlich) weit weg vom Kriegsgeschehen die Möglichkeit, uns zu wehren und solidarisch mit allen zu sein, die von dem imperialistischen Krieg betroffen sind. ■



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2025.

Foto: Helmut Roos.

# Anfänge in schwerer Zeit

## Zur Gründung der Mannheimer Gruppe der IV. Internationale 1956 (II)\*

H. N.

### 1956 führten die Bemühungen Willy Boepplers, eine Mannheimer Gruppe der IV. Internationale aufzubauen, zum Erfolg.

Zu dieser Zeit galt Hermann Weber, der später als Kommunismusforscher berühmt wurde, als „Sympathisant“. Um Einzelne mit den Ideen des revolutionären Marxismus vertraut zu machen und – nicht zuletzt – um neue Mitglieder zu gewinnen, gründete die Gruppe wie in anderen Städten einen „Marxistischen Arbeitskreis“ (MAK).

Am Mannheimer MAK beteiligten sich Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe von Daimler-Benz, hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, Jusos, im SDS Aktive und Studierende des Seminars für Sozialberufe. Oft auf der Grundlage von Texten aus der theoretischen Zeitschrift *die internationale* diskutierten sie über aktuelle politische Probleme oder führten Schulungen über prinzipielle Fragen der marxistischen Analyse durch.

Die seit 1954 herausgegebene Zeitschrift *Sozialistische Politik* (SOPO) stieß im Umfeld der Sektion auf eine positive Resonanz und unterstützte die politische Aktivität in der SPD und in den Gewerkschaften. Auf dem Höhepunkt der „entristischen“ Arbeit der Mannheimer Gruppe Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre konnten allein beim „Benz“ auf dem Waldhof etwa 90 Zeitungen im Monat verkauft werden.

### Aktiv in Betrieb und Gewerkschaft

Ab 1957/58 bestimmte die Mannheimer Gruppe im Wesentlichen die Politik der SPD-Betriebsgruppe bei Daimler-Benz und gab eine Betriebszeitung heraus.

Neben den monatlichen Treffen der Mitglieder der IV. Internationale und den Zusammenkünften des MAK konnten bis Ende 1961 regelmäßig Betriebsgruppensitzungen organisiert werden. Daran nahmen bis zu 30 Genossinnen und Genossen teil.

Sie diskutierten über Themen wie Remilitarisierung, Anti-Atomtod, Ostermärsche, Wahlkampfpolitik der SPD und Solidarität mit der algerischen Revolution, aber auch über Tarifpolitik, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Reform der Krankenversicherung, Preissteigerungen, Mietfreigabe, Unternehmenskonzentration. Nicht zuletzt setzten sie sich mit konkreten Fragen wie Arbeitssicherheit, Lohn und Akkord, Arbeitstempo und Frühinvalidität auseinander und versuchten, auch über die Lage in anderen Betrieben zu informieren.

Diese Diskussionen dienten nicht nur zur inhaltlichen Vorbereitung der Betriebszeitung, sondern auch von Diskussionsbeiträgen und Anträgen für Konferenzen und Versammlungen sowie von Parolen und Transparenten für Kundgebungen und Demonstrationen der Gewerkschaften und der SPD.

Der Schwerpunkt der praktischen Arbeit lag auf der Auseinandersetzung mit innerbetrieblichen und innergewerkschaftlichen Problemen. So bereitete die Betriebsgruppe Betriebsversammlungen, Vertrauensleutetreffen und Delegiertenkonferenzen der IG Metall vor.

Zum großen Teil waren die Zusammenkünfte der SPD-Betriebsgruppe bei Daimler-Benz durch Absprachen der Ortsgruppe vorbereitet. Es war üblich, Referenten auch von außerhalb des Betriebs einzuladen – Mitglieder der IV. Internationale oder des MAK.

### Demokratie von unten

Durch die Initiative der bei Daimler-Benz arbeitenden Genoss:innen der IV. Internationale konnte die Aufstellung der IG Metall-Liste für die Betriebsratswahlen demokratischer gestaltet werden. Gegen den Willen der hauptamtlichen IGM-Funktionäre und vieler Betriebsräte setzten die Vertrauensleute das Recht durch, die Kandidatenliste aufzustellen. Diese mehrjährige Auseinandersetzung stärkte die Stellung der „Trotzkisten“ im Vertrauenskörper erheblich. Damals gehörten der Mannheimer Ortsgruppe drei Vertrauensleute und vier Betriebsräte vom „Benz“ an – darunter der spätere Gesamtbetriebsratsvorsitzende Karl Feuerstein.

Auch im Metallerstreik 1963 machte sich ihr Einfluss spürbar. Sie mobilisierten eine Protestdelegation aus Mannheimer Metallbetrieben zum Frankfurter Vorstand der IG Metall um Otto Brenner und forderten massiv den Beginn des Arbeitskampfes. Praktisch alle wichtigen Losungen und Aktivitäten während dieser Tarifaueinandersetzung gingen in Mannheim auf die Initiative der Ortsgruppe zurück und wurden gegen den Widerstand des hauptamtlichen IGM-Apparats durchgesetzt.

Trotz aller politischen und organisatorischer Brüche in den Zeiten danach – die Mannheimer Gruppe der IV. Internationale kämpft auch 70 Jahre nach ihrer Gründung unverzagt für die Verwirklichung des Traums von der Roten Republik. ■

\* [Teil I erschien in *Avanti?*, Nr. 139. Alle Zitate nach: W. Alles (Hg.), *Gegen den Strom*, Texte von Willy Boepple (1911-1992), Köln 1997.]



Veranstaltung zum Metallerstreik 1963 in Mannheim, 3.12.2019.

## Auch in Mannheim

# Schulstreik-Demo gegen Kriegsdienst

H. S.

**Rund 200 Menschen waren am 5. März 2026 in Mannheim dem bundesweiten Aufruf zum Schulstreik gegen die „Wehrpflicht“ gefolgt.**

Sie formierten sich am Plankenkopf (gegenüber dem Waserturm) zu einer Demo durch die Innenstadt. Neben einigen Älteren waren vor allem viele Schüler:innen dabei, die sich von dem geplanten Kriegsdienst auch selbst bedroht sehen. Aktive der ISO Rhein/Neckar unterstützen den Protest mit einem Transparent und verteilten ihr aktuelles Flugblatt zum Schulstreik.

Bei der Auftaktkundgebung informierte das Mannheimer Schulstreikbündnis über die Hintergründe der Aktion. Am 5. Dezember 2025 hatte der Bundestag die Wiedereinführung der „Wehrpflicht“ beschlossen, was schon damals zu einem ersten bundesweiten Schulstreik geführt hatte.

Die wütende Ablehnung der „Wehrpflicht“ war bei der Demo unüberhörbar. Die aktuelle Zuspitzung der Lage durch den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Iran hatte viele offensichtlich zusätzlich zu lautstarkem Protest animiert.

Bei der Abschlusskundgebung am Alten Meßplatz zerschlugen Aktive symbolisch einen mit Bonbons gefüllten Papppanzer und protestierten so phantasievoll gegen die fortschreitende Militarisierung.

Am 8. Mai 2026 findet der 3. bundesweite Schulstreik gegen die Wehrpflicht statt. Um die Kriegsvorbereitungen der Regierung zu bremsen, braucht es allerdings eine wesentlich höhere Beteiligung an den Protesten. ■



2. Schulstreik gegen die „Wehrpflicht“ in Mannheim, 5. März 2025.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SAM, 04.04.2026, 13 Uhr Ostermarsch-Demo ab Paradeplatz, MA
- SAM, 04.04.2026, 14:30 Uhr, Ostermarsch-Abschlusskundgebung, Alter Meßplatz, MA
- SAM, 04.04.26, 14:00 Uhr, Ostermarsch HD, Stadtbücherei, HD
- MI, 08.04.2026, 19:30 Uhr, Film „Die Töne kommen oft daher, wo der Schmerz ist“, Cinema Quadrat, K 1,2, MA
- DO, 16.04.2026, 15 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, IGM-Konferenzraum, Gewerkschaftshaus, MA
- DO, 16.04.2026, 17 Uhr, Kundgebung „Keine GGH-Profiten mit unserer Miete!“, HD
- FR, 17.04.2026, 19 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- SAM, 25.04.2026, 13:00 Uhr, „Eine bessere Welt ist nötig!“, ISO-Frühjahrsseminar, MA

### Vorschau

- FR, 1. Mai 2026, 10:30 Uhr, DGB-Demo mit anschließender Kundgebung, Alter Meßplatz, MA
- FR, 1. Mai 2026, 15 Uhr, DGB- Kundgebung, Waldallee 2-4, Weinheim
- FR, 8. Mai 2026, 3. Schulstreik gegen „Wehrpflicht“, MA
- SAM/SO, 13.-14. Juni 2026, Ökosozialistische Konferenz, Köln



Impressum:  
ISO Rhein-Neckar  
VlSP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim  
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)

Netz: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)  
Facebook: [www.facebook.com/iso.4.rn](https://www.facebook.com/iso.4.rn)  
Instagram: [www.instagram.com/isorheinneckar](https://www.instagram.com/isorheinneckar)

